

## Rede zum Haushalt des Bodenseekreises 2020

Kreistagssitzung am 14. Jan. 2020

TOP 5 Ö, Kreishaushalt 2020 – Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2020 -  
Satzungsbeschluss

### Norbert Zeller, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion

- Es gilt das gesprochene Wort –

Anrede,

der Kreishaushalt des Bodenseekreises steht in diesem Jahr unter einer besonderen Entwicklung. Bereits 2016 haben wir vom kammeralistischen Verfahren auf Doppik umgestellt. Unsere Kreisgemeinden haben die Umstellung zu einem unterschiedlichen Zeitpunkt vorgenommen. Aber inzwischen zeigt sich immer mehr, dass vor allem kleinere und eher finanzschwache Gemeinden, aber auch z. B. die Stadt Tettnang, enorme Schwierigkeiten haben, ihre Ergebnishaushalte auszugleichen.

Wenn wir uns im Bodenseekreis als „**kommunale Familie**“ bezeichnen wollen, also Gemeinden und Landkreis als Partner und nicht als Gegner verstehen, sollten wir darauf achten, dass alle gleichermaßen ihre Aufgaben zum Wohle der Menschen erfüllen können. Das zumindest ist der Anspruch der SPD-Kreistagsfraktion.

Insofern ist der Antrag der FW auf Reduzierung der Kreisumlage von 32 % auf 30,8 % nachvollziehbar, bei einer gestiegenen Steuerkraftsumme, die zu Mehreinnahmen von 8,8 Mio. € führt - wie gesagt, bei gleichbleibenden angenommenen 32 % Kreisumlage. Begründet wird nun die Absenkung der Kreisumlage u. a. mit den nicht vorgesehenen Erhöhungen bei den Schlüsselzuweisungen und beim Soziallastenausgleich (2,2 Mio. €).

Nun hat aber die Kreisverwaltung schlüssig dargelegt, dass das Land BW leider nicht bereit ist, die durch die Umsetzung des BTHG entstehenden Kosten und

beim Asyl gänzlich zu finanzieren, wie dies eigentlich nach dem Konnexitätsprinzip der Fall sein müsste.

Damit kein Missverständnis entsteht. Die SPD-Kreistagsfraktion befürwortet das **BTHG**, also die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu fördern, ebenso ihre Selbstbestimmung und ihre rechtliche Gleichstellung. Aber wir halten es für inakzeptabel, wenn das Land BW nicht bereit ist, die dafür notwendigen Kosten zu übernehmen. Gleiches gilt für die Unterbringung und Betreuung von Menschen, die zu uns geflüchtet sind und eine neue Zukunft suchen. Auch dazu stehen wir und gehen sogar noch einen Schritt weiter, indem wir als Landkreis anbieten sollten, mehr unbegleitete minderjährige ausländische Kinder und Jugendliche bei uns aufzunehmen. Das wäre wahrlich ein Akt christlicher Nächstenliebe.

Zurück zur **Kreisumlage**: Da nun das Land eben nicht völlig die Kosten (BTHG, Asyl) übernimmt, werden die höheren Schlüsselzuweisungen wieder egalisiert. Trotzdem bleibt aber die schwierige Situation einiger Gemeinden im Bodenseekreis.

Wir haben viele Gespräche geführt und lange darüber beraten, was wir in dieser Situation tun sollen. Es allen Recht zu machen geht nicht, weshalb wir einen Kompromiss vorschlagen wollen, ein salomonischer Vorschlag. Wir schlagen vor, die Kreisumlage nicht auf 30,8 % (4,1 Mio. €) zu senken, sondern lediglich um 0,8 % auf 31,2 %. Dies entspricht einer Größenordnung von 2,744 Mio. €, die wir im Ergebnishaushalt reduzieren und dafür die Zinslast im Finanzhaushalt bei investiven Vorhaben einplanen. Zugegeben, ein kleiner Schritt, der aber einigen Gemeinden hilft, die schwierige Situation zu mildern. Der Haushalt ist damit gem. § 24 GemHVO ausgeglichen.

Für den Haushalt 2021 wird es dann notwendig sein, im Vorfeld der Beratungen rechtzeitig eine intensive Diskussion über den kommunalen Interessensausgleich zu führen. Und über die Frage, was nach rechtlichen Vorgaben konsumtiv und investiv ist und welche Rücklagen in welcher Größenordnung zu bilden sind. Wir erwarten dazu auch eine qualifizierte Stellungnahme der Gemeindeprüfungsanstalt.

Aber eins muss uns schon heute klar sein. Die Höhe der Kreisumlage richtet sich zum einen nach der Steuerkraftsumme, zum anderen nach den notwendigen Aufgaben, die wir als Kreis zu erfüllen haben.

Und die sind enorm. Ich nenne nur den zeitnahen Ausbau des **Berufschulzentrums in Überlingen**, den dringend notwendigen **Neubau des Landratsamtes** und den Bau der **Straßenmeisterei in Markdorf**. Diese Projekte dürften die Größenordnung von 150 Mio. Euro übersteigen. Und das muss finanziert werden, generationengerecht. Hinzu kommen weitere wichtige Aufgaben im Bereich der **Mobilität**, des **Klimaschutzes**, der **Sozialpolitik** und der **Bildung**.

Wir wollen eine **ÖPNV-Offensive**, ein attraktiveres Angebot, eine einfachere Preisgestaltung, um so mehr Menschen dafür zu gewinnen, öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen. Wir wollen in absehbarer Zeit erreichen, dass das 365-Euro-Ticket auch in der Bodenseeregion eingeführt wird. Darüber werden wir in der nächsten Kreistagssitzung noch ausführlicher sprechen.

Uns freut es natürlich, dass inzwischen auch die Kreisverwaltung die Notwendigkeit einer **Mobilitätsstelle beim Landkreis** erkennt. Und wir hoffen, dass sich der Kreistag heute mehrheitlich dafür ausspricht. Frau Wagner wird unseren Antrag im Detail nochmals begründen. Mobilität muss alle Verkehrsbereiche umfassen, vom Fußgänger über den Radverkehr, Bus- und Schienenverkehr, Verbindungen zu Wasser und in der Luft. Der Ausbau von Radwegen gehört genauso dazu, wie der Ausbau der Bodenseegürtelbahn, um bessere Angebote für die Fahrgäste anbieten zu können. Was wir allerdings nicht dazu zählen, Herr Landrat und Herr Riedmann, ist die Südumfahrung Markdorf. Wir sind froh, dass es bei der B 31 neu vorangeht und fordern dasselbe bei der B 30.

Inzwischen ist unbestritten, dass jede politische Ebene sich intensiv um den Klimaschutz und die **Reduzierung des CO<sup>2</sup>** engagieren muss. Das gilt für die eben genannte Mobilität gleichermaßen wie für Konzepte für unsere kreiseigenen Gebäude. Deshalb haben wir einen Änderungsantrag zum ersten Antrag der Grünen vorgelegt. Wir bestreiten überhaupt nicht die Notwendigkeit weitere Photovoltaikanlagen zu bauen. Aber für uns hat die Verwaltung schlüssig dargelegt, dass die zusätzlichen Mittel für PV-Anlagen gar nicht abgerufen werden könnten, was die Grünen nun bewogen hat, einen

neuen Antrag zu stellen. Unser Antrag beinhaltet, den Klimaschutz an kreiseigenen Gebäuden weiter zu fassen und insgesamt Konzepte zur CO<sup>2</sup>-Reduktion vorzulegen. Das haben wohl auch die Grünen so erkannt. Deshalb unser Vorschlag, über beide Anträge abstimmen zu lassen. Wir werden nachher noch näher bei der Antragsberatung darauf eingehen. Was wir allerdings nicht für sinnvoll halten ist, eine Finanzierung auf 1,5 Mio. € festzulegen. Was tun wir, wenn 2 Mio. € notwendig sind?

Unser ehrgeiziges Ziel muss für den Bodenseekreis sein, innerhalb kürzester Zeit **Null-Emissionen** zu erreichen. Andere Landkreise, wie z. B. der Landkreis Rhein-Hunsrück oder verschiedene Städte liefern uns die Vorlagen dazu. Die Erderwärmung ist hauptsächlich durch den Menschen verursacht, mit der Folge, dass die sogenannten Kipppunkte im Erdsystem früher eintreten können als bisher angenommen. Das haben Klimaforscher eindeutig belegt. Sie sind sich einig. Gemeint sind damit Veränderungen in einem System mit unumkehrbaren Folgen für das globale Gleichgewicht (z. B. nicht mehr zu stoppendes Abschmelzen der Polklappen oder die Zerstörung von Korallenriffen). Der Weltklimarat fordert daher die Erwärmung bei 1,5 Grad zu begrenzen. Wir alle sind gefordert. Wer enkelgerecht handeln will, muss jetzt handeln und nicht auf andere zeigen. Die Devise heißt: **Global denken, lokal handeln.**

Dazu zählen wir auch den **Landratsamtsneubau**. Der Altbau in der Glärnischstrasse ist eine Energieschleuder. Und es hat sich inzwischen die Erkenntnis durchgesetzt, dass eine Sanierung kein ökologischer oder städtebaulicher Vorteil brächte. Wir brauchen dringend den Neubau, um unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern endlich angemessene Arbeitsbedingungen bieten zu können. Im Kampf um attraktive Arbeitsplätze konkurrieren wir zunehmend mit der erfreulich starken Wirtschaft in unserer Region. Aber es geht nicht nur um bessere Arbeitsplätze, sondern auch um die Schaffung weiterer **Mitarbeiterwohnungen** und einer **Kindertagesstätte**. Wohnen ist ein Menschenrecht. Wir wollen mit unseren bescheidenen kreiseigenen Möglichkeiten dazu einen konstruktiven Beitrag leisten. In diesem Jahr muss der Wettbewerb uns einen entscheidenden Schritt voranbringen.

Mit unseren **Familientreffs** leisten wir einen wichtigen sozialpolitischen Beitrag, um Kindern und Familien eine Chance zu geben. Ungleichheiten sollen

abgefedert werden. Ein stärkeres Zusammenwirken zwischen den Kommunen und dem Landkreis bei der **Elementarbildung** halten wir für geboten. Entsprechende Vorschläge werden wir machen, sobald unsere Fragen von Seiten der Kreisverwaltung beantwortet sind. Dazu zählen wir auch alle inklusiven Maßnahmen.

Bei der **Teilhabe von jungen Menschen** sind wir auf gutem Wege. Auf unsere Anregung hin, hat erst kürzlich der Kreistag beschlossen, jungen Menschen Beteiligungsformen zu eröffnen und zwar für alle Politikfelder.

Überhaupt gilt es unsere **Demokratie** auf allen Ebenen zu stärken und sich energisch gegen Diskriminierung, Ausgrenzung, Hass und Rassismus zu stellen. Wenn von „Islamisierung des Abendlandes“ oder „Umvolkung“ gesprochen wird, steht das im Widerspruch zu unserem demokratischen Verständnis, zu unserem Grundgesetz. Es gilt: Parolen Paroli bieten.

Heute können wir den Nachrichten entnehmen, dass „Umvolkung“ neben dem Wort „Klimahysterie“ zum Unwort des Jahres benannt wurde.

Im Kreishaushalt finden wir einige Position zur Stärkung der Demokratie. Da möchten wir künftig gerne mehr tun, denn unser Grundgesetz geht von einer wehrhaften Demokratie aus. Rassismus und Menschenverachtung sind keine legitimen Positionen.

Völlig inakzeptabel sind rechtspopulistische Denunziationsplattformen, auf denen Lehrerinnen und Lehrer angeschwärzt werden, wenn sie sich angeblich nicht neutral verhalten. „Politisch inkorrekte Lehrer“ sollen online gemeldet werden (AfD-MdL Rainer Balzer). Das betrifft auch Lehrende an Hochschulen.

Als Schulträger der beruflichen Schulen, von Sonderschulen und des Bildungszentrums Markdorf dürfen wir dazu nicht schweigen. Wir dürfen nicht zulassen, dass solche Spitzelmethoden, wie sie zuletzt vor 75 Jahren an den Schulen angewandt wurden, wieder kommen. Lehrerinnen und Lehrer sollen eingeschüchtert werden, wenn sie in der Schule die Achtung der Menschenrechte thematisieren und gegen deren Missachtung Stellung beziehen. Das Neutralitätsgebot darf nicht mit Wertneutralität verwechselt werden. Unsere Schulen haben den klaren Auftrag, Schülerinnen und Schülern die freiheitlichen und demokratischen Grund- und Menschenrechte zu vermitteln und fußt mit ihrem gesetzlichen Bildungsauftrag auf den Werten des

Grundgesetzes. Das Gewaltmonopol liegt nicht bei einer Partei oder selbsternannten Schnüfflern, sondern beim Staat.

Unsere jungen Menschen zu mündigen, verantwortungsbewussten Menschen zu erziehen ist Aufgabe der Lehrkräfte. Unsere Aufgabe ist es, die dafür notwendige Hardware, sprich Ausstattung und Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Mit dem vorliegenden Haushalt statten wir unsere Schulen so aus, dass sie zeitgemäß, entsprechend den pädagogischen und didaktischen Anforderungen arbeiten können. Das gilt auch für das Bildungszentrum Markdorf, wo in diesem Jahr endlich die notwendigen Sanierungsarbeiten der NWT-Räume vorgenommen werden.

Unterstützen wollen wir auch das BZM bei der Berufsvorbereitung. Ein entsprechendes Programm läuft zum Schuljahr 2020/21 aus. Gerne sind wir bereit, den Senior Experten Service (SES) finanziell zu unterstützen, die mit ihren Programmen Neue Impulse für Schülerinnen und Schüler bringen, durch das Know-how von Fachleuten im Ruhestand. Wir schlagen deshalb vor, dass der Initiator, der frühere Schulleiter der Claude-Dornier-Schule, Alfred Greis, darüber im AVK zusammen mit dem BZM berichten.

Gemeinsam mit der Stadt Überlingen müssen wir erreichen, dass wir bald den **Bildungscampus in Überlingen** neu gestalten. Nur so können unsere beruflichen Schulen den künftigen Herausforderungen gerecht werden, in einer starken, lebenswerten Region.

Wenn ich vorher von der Stärkung der Demokratie gesprochen habe, so wissen wir, dass das **ehrenamtliche Engagement**, unsere Vereine, Verbände und gemeinnützige Organisationen ein tragendes Element unseres Gemeinwesens sind. Aus voller Überzeugung befürworten wir deshalb den Antrag der **DLRG**, weil hier Menschen sich für andere oft unter gefährlichen Bedingungen einsetzen. Auch eine Verstetigung der Förderung wird von uns befürwortet.

Mein Dank gilt der Verwaltung und den demokratischen Fraktionen im Kreistag.

Lassen Sie mich mit einem Zitat von Albert Einstein schließen:

„Wenn die Menschen nur über das sprächen, was sie begreifen, dann würde es sehr still auf der Welt sein“.